

## Kibag übernimmt die Firma Ernst Hablützel + Co.

WILCHINGEN. Die Kibag Holding aus Zürich hat per 1. September die Wilchinger Firma Ernst Hablützel + Co. mit allen 28 Mitarbeitenden übernommen. Die Kibag ist im Baustoff- und Bauleistungsbereich tätig und beschäftigt rund 2000 Mitarbeitende. Mit dem Standort in Wilchingen und seinem Bahnanschluss will sie zusätzliche Synergien nutzen und das Marktgebiet Zürich/Schaffhausen strategisch ausbauen. Sonja und Stefan Hablützel geben ihre Firma im Zuge einer Nachfolgeregelung in neue Hände. (dat)

## Nilsson verstärkt Geschäftsführung von Syntegon

WAIBLINGEN/BERINGEN. Seit Anfang September 2020 ist Johan Nilsson neues Mitglied der Geschäftsführung von Syntegon Technology GmbH mit Sitz im deutschen Waiblingen. Er verantwortet den neu gegründeten Geschäftsbereich Service & Digital Solutions. Nilsson war zuletzt als Head of Service & Industry 4.0 Solutions bei Tetra Pak tätig. Syntegon Technology betreibt in Beringen die Geschäftseinheiten Syntegon Technology AG und die Syntegon Packaging Systems AG (vormals Bosch Packaging Technology). (dat)

## Polizeimeldungen

### Autofahrerin kollidiert frontal mit Motorroller

NEUHAUSEN. Am Sonntagabend kam es an der Bahnhofstrasse zu einer Kollision zwischen einem Personwagen und einem Motorroller. Eine 64-jährige Automobilistin fuhr um 19.50 Uhr vom Parkplatz des Aves-Shops nach links in die Bahnhofstrasse. Beim Abbiegen übersah sie einen von links herkommenden Rollerfahrer, der in Richtung Neuhäuser-Zentrum unterwegs war. Die beiden Fahrzeuge kollidierten frontal, wobei der Rollerfahrer stürzte. Der 66-jährige Fahrer des Rollers wurde leicht verletzt, teilt die Schaffhauser Polizei mit. Trotz seiner Blessuren begab sich der 66-Jährige nach dem Unfall selbständig für einen Kontrolluntersuchung ins Spital. (eba)



## Journal

### Passerellenkurse bestanden

Von der Thurgauisch-Schaffhauserischen Maturitätsschule für Erwachsene (TSME) in Frauenfeld wurden den Absolventinnen und Absolventen des Passerellenkurses die Ergänzungsausweise übergeben. Wer die Ergänzungsprüfung besteht und den Ergänzungsausweis erhält, hat Zugang zu allen Studiengängen der universitären Hochschulen in der Schweiz und zu allen Studiengängen der Pädagogischen Hochschulen. Wie die Schule mitteilt, stammen von den 24 erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen zwei aus der Region Schaffhausen. Es sind dies Jannik Richter und Véronique Tanner, beide aus Schaffhausen. (r.)

# Fungizide im Wasser: Mehr Zeit

Die Kantone können den Trinkwasserversorgern in Ausnahmefällen grosszügigere Fristen gewähren, um ihre Probleme mit Rückständen des Pflanzenschutzmittels Chlorothalonil in den Griff zu bekommen.

Zeno Geisseler

BERN/SCHAFFHAUSEN. Fast 50 Jahre lang wurde das Pflanzenschutzmittel Chlorothalonil in der Landwirtschaft eingesetzt. Es war ein wirksames Mittel gegen den Pilzbefall unter anderem im Weinbau oder für Kartoffel- und Getreidekulturen. Seit Anfang Jahr ist der Wirkstoff verboten, doch seine Abbauprodukte werden noch lange im Trinkwasser zu finden sein.

### Hohe Werte nicht nur auf dem Land

Schon seit dem letzten August sind die Trinkwasserversorger, in der Regel die Gemeinden, dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Abbauprodukte den gesetzlichen Höchstwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter nicht übersteigen.

Eine Untersuchung hat gezeigt, dass dieser Wert im ganzen Mittelland grossflächig überschritten wird. Auch im Kanton Schaffhausen ist dies der Fall. Im Januar und Februar 2020 untersuchte das Interkantonale Labor (IKL) zusammen mit den Wasserversorgungen Dutzende von Proben. Resultat: In gut der Hälfte der Schaffhauser Gemeinden, in 14 von 26, war die Wasserqualität ungenügend. Die Höchstwerte von 0,1 Mikrogramm pro Liter wurden in Trasadingen (1,1), Dörflingen (1,0) und Wilchingen (0,9) deutlich überschritten. Doch selbst im Grundwasser der Stadt Schaffhausen kam es mit Werten von 0,3 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser zu Überschreitungen, wie die SN im Mai berichteten.

Schweizweit haben betroffene Gemeinden gehandelt. Besonders belastete Trinkwasserfassungen wurden vom Netz genommen, belastetes Wasser wurde mit solchem aus sauberen Quellen vermischt, um die Konzentration zu senken.

Doch längst nicht überall war so eine einfache Lösung möglich. «Die Einhaltung des Höchstwerts kann unter Umständen nur mit zeitlich, finanziell, politisch oder ökologisch sehr aufwendigen Massnahmen erreicht werden», schreibt das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV). Es hat deshalb gestern eine neue Weisung erlassen. Noch immer gilt die Regel, dass betroffene Wasserversorger innert zweier Jahre Mass-



Schaffhauser Wasser: Trinkbar, aber mit Abbauprodukten aus der Landwirtschaft verunreinigt.

BILD ROBERTA FELE

### «Die meisten Wasserversorgungen werden die Frist nicht einhalten können.»

Kurt Seiler  
Kantonschemiker

VIDEO  
Interview mit  
Kurt Seiler unter  
[www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

nahmen umsetzen müssen, um die Belastung mit Chlorothalonil-Abbauprodukten zu senken. Doch neu haben die Kantone mehr Spielraum: Ist die Umsetzung aus zeitlichen, finanziellen, politischen oder ökologischen Gründen nicht möglich, dann kann der Kanton eine «angemessene Frist» erlassen.

### «Die meisten werden es nicht schaffen»

Für Kantonschemiker Kurt Seiler ist diese Neuregelung schlicht eine Anpassung an die Realität. «Das ist ein Abbild der jetzigen Praxis. Die Wasserversorgungen können optimieren, sie können die Konzentration senken, indem sie das Wasser mischen, aber die meisten, auch im Kanton Schaffhausen, werden es nicht schaffen, innerhalb der verlangten zwei

Jahre unter die 0,1 Mikrogramm pro Liter zu kommen», sagt er im Gespräch mit dem Schaffhauser Fernsehen.

Anders gesagt: Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen es bis auf Weiteres hinnehmen, dass ihr Trinkwasser belastet ist. «Das ist so», sagt Seiler. «Die meisten Grundwasserpumpwerke im Kanton Schaffhausen weisen Kontaminationen aus, die über dem Höchstwert liegen.» Der Kantonschemiker betont allerdings auch, dass keine unmittelbare Gesundheitsgefährdung bestehe. «Der Höchstwert von 0,1 Mikrogramm ist nicht toxikologisch oder gesundheitlich begründet.»

Bis die Abbaustoffe aus dem Wasser verschwunden sind, dürfte es Jahre oder sogar Jahrzehnte dauern.

# Regierungsrat empfiehlt ein Nein zur Begrenzungsinitiative

Die Stimmberechtigten sollen – so die Empfehlung des Regierungsrates – am 27. September ein Nein zur Volksinitiative «für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» in die Urne legen.

Der Regierungsrat empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die Initiative für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative) abzulehnen. Die Schaffhauser Unternehmen sind auf einen hindernisfreien Zugang zur deutschen Grenzregion und zum EU-Markt angewiesen, als Absatzmarkt wie auch für die Rekrutierung von Fachkräften. Dieser direkte Zugang zur EU wird mit der Begrenzungsinitiative aufs Spiel gesetzt. Der Wegfall hätte negative Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Kanton Schaffhausen in einer bereits herausfordernden Situation.

Die Begrenzungsinitiative verlangt eine eigenständige Regelung der Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz. Bei einer Annahme der Initiative müsste die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen innert zwölf Monaten ausser Kraft setzen. Ohne Verhandlungslösung mit der EU muss der Vertrag einseitig durch die Schweiz gekündigt werden. Die Kündigung hätte zur Folge, dass aufgrund der sogenannten Guillotine-Klausel alle anderen Abkommen der Bilateralen Verträge I (Abkommen über die technischen Handelshemmnisse,

das öffentliche Beschaffungswesen, die Landwirtschaft, den Landverkehr, den Luftverkehr und die Forschung) mit der EU wegfallen würden. Diese Abkommen garantieren den Zugang der Schweizer Unternehmen zum EU-Binnenmarkt. Der Wegfall hätte somit negative Folgen für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze im Kanton Schaffhausen und in der ganzen Schweiz.

### Drei Gründe

Der Regierungsrat empfiehlt aus drei Gründen die Ablehnung der Begrenzungsinitiative. Erstens ist die EU der grösste Handelspartner der Schweiz. Aufgrund ihrer Grenznahe sind Schaffhauser Unternehmen traditionell stark an Deutschland und am EU-Raum orientiert. Die Schaffhauser Wirtschaft ist auf einen freien Zugang zum EU-Binnenmarkt angewiesen. Von diesem freien Marktzugang sind auch viele Arbeitsplätze der rund 46 000 Beschäftigten im Kanton Schaffhausen direkt und indirekt abhängig.

Zweitens benötigen Schaffhauser Unternehmen Fachkräfte aus dem EU-Raum, um ihre Produktion und das Dienstleistungsangebot sicherzustellen. Schaffhausen ist aufgrund seiner demografischen Struktur besonders auf den Zuzug angewiesen. Allein mit Schweizerinnen und Schweizern ist der Arbeitskräftebedarf nicht zu decken. Ohne die Rekrutierungs- und Zuzugsmöglichkeiten aus dem EU/EFTA-Raum im Rahmen der Personenfreizügigkeit wären viele Unternehmen und auch die

öffentliche Hand (beispielsweise das Gesundheitswesen) noch stärker vom Fachkräftemangel betroffen.

Drittens ist der Regierungsrat überzeugt, dass gerade in der aktuellen von Covid-19 geprägten Situation die Schaffhauser Unternehmen Planungs- und Rechtssicherheit benötigen. Die Unsicherheit bei einem möglichen Wegfall der Personenfreizügigkeit und des Zugangs zum Binnenmarkt führt zu einem zusätzlichen Rückgang von Investitionen sowohl von ansässigen wie auch neuen Unternehmen. Diese Investitionen sind gerade in der jetzigen Zeit sehr wichtig, sichern sie doch sowohl Arbeitsplätze wie auch Steuereinnahmen für die öffentliche Hand.

Der Regierungsrat anerkennt, dass die Zuwanderung auch mit Herausforderungen verbunden ist. Die heutige Regelung und die bilateralen Verträge ermöglichen es aus Sicht der Regierung, die Zuwanderung so zu regulieren, dass sie dann erfolgt, wenn der Bedarf der Schweizer Wirtschaft an Arbeitskräften nicht mehr im Inland selbst gedeckt werden kann. Der Marktzugang für die Schweizer Wirtschaft und Schaffhauser Unternehmen ist gewährleistet. Diese bedürfnisgerechte und funktionierende Regelung wird durch die Begrenzungsinitiative in einer besonders herausfordernden Zeit gefährdet. Der Regierungsrat lehnt die Begrenzungsinitiative aus diesen Gründen ab, gleich wie der Bundesrat, das Parlament und die Konferenz der Kantonsregierungen.

Regierungspräsident Martin Kessler

## Kantonsspital ohne laborbestätigte Corona-Fälle

Am Montagmorgen veröffentlichte das Schaffhauser Gesundheitsamt die neusten Zahlen zu den Corona-Fällen. Diese zeigten Erfreuliches: Zum zweiten Mal seit Beginn der Krise haben sich keine Corona-Patienten im Kantonsspital Schaffhausen befunden. Dies war zuletzt am 8. Juli der Fall.

Auf Nachfrage der SN erklärte Lisa Dätwyler, Mediensprecherin der Spitäler Schaffhausen, dass bis am späten Montagnachmittag aber bereits wieder ein Verdachtsfall am Kantonsspital dazugekommen sei: «Das Testergebnis steht noch aus.» Allerdings gelte ein Patient am Kantonsspital, der auch nur leichte Symptome einer allfälligen Covid-Erkrankung zeigt, als Verdachtsfall. «In den letzten zwei Wochen sind alle Corona-Tests bei hospitalisierten Verdachtsfällen im Kantonsspital negativ ausgefallen», so Dätwyler. (bic)

## Journal

### KSS-Freizeitpark verlängert Freibadsaison

SCHAFFHAUSEN. Der KSS-Freizeitpark verlängert seinen Freibadbetrieb bis zum 23. September: Die Revisionsarbeiten konnten bereits im Frühjahr erledigt werden, zudem hält die Abwärme des Eisparks die Beckentemperatur auf circa 27 Grad. (dat)